

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Leipzig.
Geben & Comp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Berlin: Geb. Knobold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6.00 M., durch die Post
bezogen, vierteljährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich
8.50 M., bei geliebtem 80 Pf.
Teleg. Adress: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Weitinerplatz 10, Tel. 25281.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Weitinerplatz 10, Tel. 25281.
Geschäftsstelle von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8 geblätterte Kompartimente je 2.00 M., Familienanzeigen
1.50 M., die 8 geblätterte Stellamägele 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ver-
minderung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur
Zuhaltung an vorgefertigten Tagen. Ihr Briefniederlegung 80 Pf.

Nr. 198

Dresden, Freitag den 27. August 1920

31. Jahrg.

Unternehmersabotage

Die große Arbeitslosigkeit, unter der die Arbeiterschaft und die Angestellten heute in Deutschland zu leiden haben, hat große Erditung herverufen, zumal leicht zu sehen ist, daß allenhalben ein großer Mangel an Waren besteht. Es ist nur zu natürlich, daß die hohen Betriebsbeschränkungen auf den bösen Willen der Unternehmer zurückgeführt werden und man hört jetzt oft das Wort von der Unternehmersabotage, die, wie verlangt wird, durch staatliche Ein-
griffe verhindert werden soll. Dabei herrscht großer Unklarheit darüber, was unter Unternehmersabotage eigentlich zu verstehen ist und ob wirklich der Beweis für das Vor-
handensein einer solchen Sabotage geführt werden kann. Zweifellos würde man dann von Unternehmersabotage reden können, wenn Unternehmer ihre Betriebe nur deswegen
stillsetzen oder einschränken, weil sie ihre Arbeiter diskonieren wollen, möglichst sie mit geringem Gewinn weiter arbeiten können. Solche Fälle dürften aber nur sehr selten vorkommen. Der Unternehmer müßte ein sehr lösliches Ziel sein, der sich bewußt gute Gewinne entgehen läßt, nur um seine Arbeiter zu ärgern.

Aber damit ist nicht gesagt, daß alle Betriebsbeschränkungen und Arbeitsentlassungen, die heute erfolgen, wirklich notwendig sind und sich nicht bei gutem Willen der Unternehmer vermeiden ließen. Vielfach dürften die Unternehmer die Preise ihrer Erzeugnisse auf Grund der Preise früher von ihnen eingelaufener Rohstoffe kalkulieren, obgleich inzwischen die Rohstoffe stark im Preis gesunken sind. Dass sie dann häufig keinen Abzug für ihre Waren finnen, weil sich diese zu teuer stellen, ist nur natürlich. Umso ungünstiger wäre es, wenn der Unternehmer nicht durch eine Unternehmersabotage reden. Und nicht wird man dort dazu berechtigt sein, wo Unternehmer nur deswegen ihre Produktion einschränken, weil sie durch Warenknappheit und dadurch ein Steigen der Warenpreise hervorrufen wollen. Wie im Reichswirtschaftsrat festgestellt wurde, erweist es sich jetzt als verhängnisvoll, für unser Wirtschaftsleben, daß die Unternehmer vielfach heutzutage Gewinne einkalkulieren als früher. Die Arbeiterschaft muß in solchen Fällen von den Unternehmern fordern, daß sie ihre Waren zu herabgesetzten Preisen der Kundschaft anbieten, ehe sie Arbeiter aufs Pflaster werfen.

Schwieriger liegen die Dinge freilich dann, wenn die Unternehmer auch trotz angemessener Kalkulation keine Aufträge erhalten können. Früher konnten die Unternehmer in derartigen Fällen auf Vorrat arbeiten lassen, in der Hoffnung, die Waren später absetzen zu können. Heute wird man zugeben müssen, daß man es einem Unternehmer nicht so leicht wie früher zunutzen kann, für große Vorräte von seinen Produkten hinzulegen. Ganz, auch in der Vorstiegszeit mußte er damit rechnen, daß er an seinen Vorräten verlor, wenn die Preise fielen. Aber früher waren nur verhältnismäßig geringe Verluste zu befürchten. Bei den heutigen unsicheren Geldverhältnissen aber muß der Unternehmer somit rechnen, daß er an seinen Vorräten binnen kurzem 50 Prozent und mehr verliert, wenn etwa infolge des Steigens der Valute die Preise der Rohstoffe und damit auch die herstellungsabfälle fallen. Ein Unternehmer, der heute im größeren Umfang auf Vorrat arbeitet, wird dabei häufig seine ganze Existenz und sein ganzes Vermögen aufs Spiel setzen. Vieles Unternehmern wird es auch deshalb nur im befrüchteten Maße möglich sein, Vorräte ihrer Erzeugnisse einzulegen, weil ihnen dann ihr Betriebskapital sehr schnell ausgängt und es ihnen gar nicht möglich sein würde, die Röhne weiter zu bezahlen und neue Rohstoffe zu beziehen. Wenn einmal wird man von einem Unternehmer erwartet und verlangen können, daß er dann seinen Betrieb länger Zeit fortsetzt, wenn ihm der Erlös aus den verkauften Waren nicht wenigstens eine halbwegs ausreichende Verlustung seines Betriebs- und Anlagekapitals bringt. Unternehmer, die selbst über ein großes eigenes Kapital verfügen, würden auch in derartigen Fällen imstande sein, ihren Betrieb fortzuführen und die sich dabei ergebenden Verluste zu tragen.

Denjenigen aber, die ihr Unternehmen zum großen Teil mit fremdem Kapital betreiben, wird es auch dem besten Willen nicht möglich sein, ihren Betrieb auf die Dauer mit Verlust oder bei ungünstiger Entwicklung fortzuführen, weil sie dann ihren Kreditgeber die Hinsen nicht zahlen können, was zur Folge hätte, daß ihnen ihr Kredit entzogen würde.

Viel eher sind wir aber im einzelnen nur sehr wenig darüber unterrichtet, welches die Ursachen der Betriebsbeschränkungen und Betriebsstilllegungen sind. Die Arbeiter dürfen häufig nur erfahren, daß nicht genügend Aufträge hereingekommen seien, aber was nun es an Aufträgen fehlt, das dürfte meist nicht näher untersucht werden. Der Unternehmer betrachtet die Preisfallkalkulation als eine Anomalie, in die er niemand, vor allen Dingen auch seine Arbeiter nicht hineintreten läßt. Das ist aber auf die Dauer ein Punkt, der die Arbeiterschaft in einem Zustand. Daraus, ob die Unternehmer richtig kalkulieren, hängt das Wohl und Seine der Arbeiter ab, hängt es unter Umständen ab, ob Löhne von Arbeitern und Angestellten auf die Strohe liegen. Die Arbeiterschaft darf sich nicht damit absindern, daß ihr ein-

fach gesagt wird, es sind keine Aufträge mehr da, sondern sie muß vom Unternehmer den Nachweis erbringen, daß er auch beim besten Willen der Kundschaft seine Erzeugnisse nicht billiger anbieten kann. Es ist Sache der Betriebsräte, von dem Unternehmer bei Arbeiterschlafungen und Betriebsbeschränkungen über die Preisfallkalkulation Auskunft zu verlangen. Wenn die einzelnen Unternehmen die Auskunft verweigern, so müssen die Gewerkschaften durch Verhandlungen mit den Unternehmerorganisationen versuchen, durchzusetzen, daß mit den Vertretern der Arbeiter über die Höhe der Preise verhandelt wird. Vielleicht würde eine genaue Nachprüfung der Preise häufig ergeben, daß die Unternehmer ihre Produkte billiger anbieten und so Aufträge bekommen können.

Es wird allerdings oft den Arbeitern und Angestellten nicht möglich sein, die von dem Unternehmer gemachten Angaben zu prüfen, weil ihnen das zur Kontrolle der Kalkulation notwendige Sachverständnis fehlt. Deswegen wäre es dringend notwendig, daß den Arbeitern möglichst bald Sachverständige zur Seite gestellt werden, die eine gründliche Prüfung der Preise vornehmen können. Derartige Sachverständige müßten vom Staat oder besser von Arbeitsgemeinschaften oder Selbstverwaltungskörpern der Industrie angestellt und den Unternehmern müßte durch die Gewerkschaft die Verpflichtung auferlegt werden, ihre Preise von solchen Sachverständigen prüfen zu lassen, ehe sie Betriebsbeschränkungen oder Betriebsbeschränkungen vornehmen. Der Staat macht heute gewaltige Auswendungen für die Arbeitslosen und er muß Sicherheit dafür verlangen, daß Arbeiter nicht nur deswegen brotlos gemacht werden, weil die Unternehmer Riesengewinne machen und ihre Betriebe schließen, wenn sie solche Gewinne nicht erzielen können.

Die Schaffung des zum Aufbau einer derartigen Sachverständigen-Kontrolle notwendigen Apparates würde allerdings lange Zeit erfordern. Es rächt sich jetzt, daß man nicht schon längst mit einer planmäßigen Organisation des Wirtschaftslebens unter staatlicher Kontrolle begonnen hat. Umso entschiedener muß gesorgt werden, daß recht bald ein Anfang mit der Schaffung der notwendigen Organisation gemacht wird und die nötigen gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden, damit in Zukunft ungerechtfertigte Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen verhindert werden können.

Kein Generalstreik in Stuttgart

Eigene Drahtmeldung

Stuttgart, 27. August. In Stuttgart hat eine Versammlung der U. S. S. D. stattgefunden, die sich mit den Ausschreibungen wegen des Bahnhofzugs beschäftigte und nach langer stürmischer Debatte einen Generalstreik zugunsten der Ausgeschickten abgelehnt hat.

Ausschreitungen in Breslau

Breslau, 26. August. Anlässlich einer Demonstration gegen den polnischen Konsulat, in der Flüchtlinge aus Oberschlesien sprachen, kam es am Schluß zu erregten Vor- gängen. Aus Oppeln war das Gericht eingetroffen, das dort bewaffnete polnische Hinter-Soldaten mit der deutschen Bevölkerung im Kampf verwickelt seien. Diese Nachricht ver- setzte die Menge in höchste Erregung, die sich in drohenden Worten gegen Polen und Franzosen Luft machte. Vor dem Monopol-Hotel nahm die Menge die drohende Haltung ein,

da sie die französischen Offiziere im Hotel vermutete. Als die Vermutung nicht zutraf, begaben sich mehrere Truppen polnischer Burschen zum polnischen Konsulat, drangen dort ein und zerstörten die Einrichtungen.

Die Menge zog dann zu verschiedenen anderen Hotels, in denen sie französische Offiziere vermutete. Im Hotel Fürstenhof, wo die alliierte Kommission ihren Sitz hat, flüchtete das Bureau- personal in den Garten. Aufgrund schnellen Eingreifens der Sicherheitspolizei ist es jedoch hier zu Schwatztätigkeiten nicht gekommen. Der belgische Adjutant der Kommission hat dem Polizeipräsidium gegenüber seine Befriedigung darüber aus- geprägt, daß der Schutz so schnell wirksam gewesen sei.

Zwischenzeitlich war der Haushalt zum französischen Konsulat ge- langt, wo sich die Sicherheitswache dem polnischen Konsulat gegenüber als zu schwach erwies. Die Räume wurden zerstört und die Alten auf die Straße geworfen. Erst zum Schluß des französischen Konsulats in Breslau, wo ein eingeschlossenes Trupp gelangt es jedoch, den Geheimraum des französischen Konsulats vor der Zerstörung zu bewahren. Der weitere Schutz des Konsulats ist hinreichend sichergestellt. Es sind Maßnahmen getroffen, um Ruhe und Ordnung in der Stadt wiederherzustellen und zu sichern.

Entzündlichkeit in Oppeln

Breslau, 26. August. In Oppeln kam es zwischen polnischen Soldaten und polnischen Flüchtlingen zu

Rußland gibt nach

Eigene Drahtmeldung

Paris, 27. August. Der Matin berichtet aus London: Die Sovjetregierung hat dem Ultimatum, das Potsdam im Namen Lloyd George's an seine Regierung gerichtet hat, nachgegeben. Die britische Antwort traf bereits gestern nachmittag in London ein und wurde von Kammer- und Kreisminister überreicht. Obgleich der vollständige Text der englischen Regierung noch nicht übermittelt wurde, weiß Anfang und Ende des Telegramms bestimmt sind, weiß man doch schon, daß die Sovjetregierung auf die Klausel hin verzögert, daß eine 2000 Mann starke Armee gebildet werde, verzichtet.

Scheidemann gegen die Verleumder

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 27. August. Vor der 4. Ferienstraßenkasse des Landgerichts begann heute unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmidt-Schäde die Verhandlung gegen den ehemaligen Leiter des Berliner Sicherheitsdienstes, Prinz, der unter Anklage steht, von einer falschen privaten Urkunde mit dem ehemaligen Scheidemann und Ollarg zum Zwecke einer Täuschung Gebrauch gemacht und wider dessen Wissen unter Bezeichnung auf Scheidemann unwahre Tatsachen, die Scheidemann verschwiegen zu müssen glaubt und behauptet und verbreitet zu haben. Es handelt sich um die Behauptung, daß die beiden Genannten angeblich in einer Urkunde für die Verhaftung und die Untersuchungsmachung von Richthofen, Rosa Luxemburg und Dr. Zeitw 100.000 Mark ausgezahlt haben sollen. Die Urkunde soll gefälscht sein. Scheidemann ist als Nebenkläger aufgetreten.

30000 bis 40000 Russen übergetreten

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 27. August. Von zuhängender Seite erfahren wir, daß die in den Zeitungen gemachten Angaben über die Zahl der Russen, die Grenze gekommenen Russen fast übertrieben sind. Es handelt sich höchstens um 20.000 bis 40.000 Mann. Die Überreste haben jetzt aufgezählt. Eine Divisione Reichswehr sind aus Innerdeutschland nach Ostpreußen unterwegs, um den Transport nach Innerdeutschland zu überwachen.

Der Aktionsrat an Lloyd George

London, 27. August. Der Aktionsrat hat in einem Telegramm an Lloyd George seine Befriedigung über den Besuch der Sovjetregierung ausgedrückt, der nach Ansicht des Rates alle Schwierigkeiten für einen russisch-polnischen Frieden aus dem Wege räumi. Ferner wird in dem Telegramm die englische Regierung aufgefordert, die gesamten Bedingungen zu verstehen, unter denen sie bereit ist, Frieden mit Russland zu schließen.

Blutige Unruhen in Belfast

Belfast, 26. August. Im Verlaufe von Unruhen, die sich am Mittwoch abend ereigneten, gab es einen Toten und zwanzig Verwundete. Man meldet heute einige 40 Brandstiftungen und Verhaftungen von 80 Personen.

Ausschreitungen in Breslau

Breslau, 26. August. Anlässlich einer Demonstration gegen den polnischen Konsulat, in der Flüchtlinge aus Oberschlesien sprachen, kam es am Schluß zu erregten Vor- gängen. Aus Oppeln war das Gericht eingetroffen, das dort bewaffnete polnische Hinter-Soldaten mit der deutschen Bevölkerung im Kampf verwickelt seien. Diese Nachricht ver- setzte die Menge in höchste Erregung, die sich in drohenden Worten gegen Polen und Franzosen Luft machte. Vor dem Monopol-Hotel nahm die Menge die drohende Haltung ein,

da sie die französischen Offiziere im Hotel vermutete. Als die Vermutung nicht zutraf, begaben sich mehrere Truppen polnischer Burschen zum polnischen Konsulat,

drangen dort ein und zerstörten die Einrichtungen. Die Menge zog dann zu verschiedenen anderen Hotels, in denen sie französische Offiziere vermutete. Erst zum Schluß des französischen Konsulats in Breslau, wo ein eingeschlossenes Trupp gelangt es jedoch, den Geheimraum des französischen Konsulats zu bewahren. Der weitere Schutz des Konsulats ist hinreichend sichergestellt. Es sind Maßnahmen getroffen, um Ruhe und Ordnung in der Stadt wiederherzustellen und zu sichern.

Knebelung der deutschen Presse

Berlin, 27. August. Aus dem oberschlesischen Oppeln- und Oberschlesien erhalten wie eine Mitteilung, wonach der "Wanderer" in Oberschlesien seit heute wieder erscheint. Von den deutschen Zeitungen sind bis jetzt fünf verboten. Demgegenüber erscheint die polnische Presse ungehindert weiter und lastet sich im Kampfe gegen das Deutschland Leinwand Spannung auf. Man geht aufscheinbar daran, die deutsche Presse mindestens zu machen und zu eröffnen, um so jede Ausklärung über die Vorfälle im Weise und in Oberschlesien selbst unmöglich zu machen.

Der polnische Aufstand wächst

Königlich, 27. August. Die Lage spitzt sich immer mehr zu. Die Gleichgültigkeit, mit der der Verband dem Treiben der polnischen Banden zuließ, ruft bei der deutschen Bevölkerung große Erditung hervor, und es ist nicht ausgeschlossen, daß wir hier am Vorabend vor folgenschweren Ereignissen stehen. Die Polen verbreiteten heute Anhänger an die Bergarbeiter, in denen sie auffordern, zur Arbeit zurückzukehren.

Oppeln, 26. August. Die Aufstandsbewegung hat nun mehr auch die Kreise Großstrehlitz und Oppeln ergriffen, in den verschiedene Orte, darunter Malapane, von den Aufständischen besetzt worden sind. Die Familie des Grafen Strachwitz ist aus Großstein geflüchtet. Bei Gimmielitz im Kreis Großstrehlitz kam es zu einer langen Schießerei zwischen Sicherheitspolizei und Aufständischen.